

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4,50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengefaltene Zeitspalte oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 800 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 16.

Donnerstag, den 20. Januar 1921.

28. Jahrgang.

Das Problem Preußen.

Stressemann, der Führer der Deutschen Volkspartei, sprach in Königsberg. Er erklärte, das „Problem Preußen“ stehe heute im Mittelpunkt der gesamten deutschen Politik. Der Gegensatz zwischen Preußen und dem Reich sei ein unmöglicher Zustand. Der Widerwille gegen Preußen sei nur der Widerwille gegen das „rote“ Preußen — wörtlich: „das, was sich an Abneigung gegen Berlin immer mehr zusammenballt, das ist nicht herausgebrochen aus dem Widerwillen gegen das alte Preußen, sondern gegen das neue Preußen, und das Berlin, das den 9. November uns gebracht hat.“

Also die „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ in Preußen soll der Grund für die Abneigung gegen Preußen im Süden und Westen des Reiches sein. Wenn Herr Stressemann im Süden Deutschlands weilt und dort in Versammlungen der Deutschen Volkspartei sprach, so ist es zu verstehen, wenn er so viel Abneigung gegen das neue Preußen gefunden hat, denn im Haß gegen den Sozialismus ist die Reaktion des Südens mit der des Nordens einig. Beim Kampf gegen die Sozialdemokratie handelt es sich um wichtigere Dinge als um den Streit zwischen Pöbelhaube und Kaupenheim; da handelt es sich nicht um Reservatrechte, sondern um die heiligsten Güter — um den Geldbeutel. Das alte Preußen hat sein Hauptquartier nach dem Süden Deutschlands, vor allem nach Bayern verlegt. Ludendorff wohnt in München. Bayern ist bereits so verjüngert, daß selbst Graf Bothmer Alarm schlagen muß, damit die preussischen Monarchisten der bayerischen Königsparthei nicht allzu sehr ins Gehege kommen. Und da es in Bayern neben der sozialdemokratischen Presse nur noch eine reaktionäre Presse — vom „Bayerischen Kurier“ bis zum „Frankfurter Kurier“ — gibt, ist es kein Wunder, wenn die Volksmassen gegen das „rote Reich“ und vor allem gegen das „rote Preußen“ aufgewühlt werden. Seitdem Fehrenbach das Reich „regiert“, ist ja die Tonart gegen die Reichsregierung etwas zärter geworden. Die Hege gegen Preußen dagegen geht frisch-fröhlich weiter.

Nicht der Süden, sondern der reaktionäre Süden ist gegen das neue Preußen. Und zwar aus dem gleichen Grunde wie die Reaktion in Preußen selbst. Die Herren verstecken sich hinter allerlei schönklingende Worte. Sie sprechen von „organischer Gliederung“ und wenden sich gegen den „mechanischen Einheitsstaat“ der Sozialdemokratie. Herr Kahr in Bayern spricht von „gesundem Föderalismus“. Jetzt sprechen die Deutschnationalen ebenfalls von „gesundem Föderalismus“. Herr Stressemann will keine „geschichtslosen Departements“. Es ist alles nur ein verlogenes Gerede; denn an der Saar wie am Rhein, in Oberschlesien, in Pommern wie im Ruhrgebiet denkt man nur daran, daß die Sozialdemokratie niedergezwungen werden muß, und man glaubt dies auf dem Umwege über die Länder, über die Neugliederung des Reiches, über die „organische Gliederung“ zu erreichen. Das Zentrum will Gebiete formen, in denen es die Alleinherrschaft hat. Die Monarchisten wollen den alten Zustand, weil sie die Rückkehr der Dynastien wollen. Es ist ihnen um die Macht zu tun, vor allem um die Macht, die die Sozialdemokratie augenblicklich in Preußen noch besitzt. Deshalb die Hege gegen das „neue Preußen“. Deshalb das Gerede von der „sozialdemokratischen Mißwirtschaft“.

Die Sozialdemokratie hat beinahe ihren guten Namen riskiert, als sie gegen die Putzschere von links vorging. Sie wußte, daß das Vorgehen in der Arbeiterschaft oft nur schwer und nur langsam begriffen werden konnte. Trotzdem heißt es jedesmal, wenn die Kommunisten sich irgend einen Unfuss erlauben, „sozialdemokratische Mißwirtschaft“. Infolge der Ruheflügel von rechts und von links braucht Deutschland heute maßlos viel Polizei. Diese Polizei kostet maßlos viel Geld. Sozialdemokratische Mißwirtschaft? Die Reaktion will die Soldatenpielerei nicht lassen; sie will nicht abriicken. Das kostet ungeheures Geld. Sozialdemokratische Mißwirtschaft? Die Putzschere von rechts und die von links legen dem Reich immer schwerere Lasten auf. Millionen werden verschwendet. Die Technische Nothilfe frisst Millionen. Sozialdemokratische Mißwirtschaft? Stinnes korrumpiert die Presse und so fort und so fort.

Der „sozialdemokratischen Mißwirtschaft“ stellt die Reaktion gegenüber „den Geist der Preußen groß gemacht hat: den Geist der Einfachheit und Sparsamkeit, der Ordnung, Arbeit und Selbstzucht, selbstloser Pflichttreue und Hingabe des Einzelnen an das Ganze, krasser Zusammenfassung aller Volkskräfte zum Dienst am Vaterlande“. Nun, es gab einen Geist der Preußen tatsächlich groß gemacht hat. Bloß war das nicht der Geist der Führer der Deutschnationalen. 1806, beim Zusammenbruch, mußte der Wiederaufbau und Umbau Preußens gegen den Geist der Götter der Deutschnationalen durchgeführt werden. Gegen den Willen des Monarchen, gegen den Willen seiner Räte, gegen den Willen aller „wahren“ Preußen. Das mögen die Deutschnationalen von heute in den Geschichtsbüchern nachlesen.

Es gehört ein großes Maß von Ehrlichkeit dazu, wenn Leute, wie die Deutschnationalen, von Sparsamkeit, von Selbstzucht und dergl. Dinge reden. Ihre Hohenzollern gehen ja mit gutem Beispiel voran, und die Agrarier, die die Kartoffeln und das Brot verteuern, und die Kapitalisten, die schwer verdienen, und die Steuerdrückberger weiterföhren

mit den Hohenzollern in der „Hingabe des Einzelnen an das Ganze“.

Die Reaktion im Süden und im Norden will das alte Preußen. Die Sozialdemokratie in Deutschland will das neue Preußen. Es wird sich heute ebenso durchkämpfen und durchsetzen wie nach dem Zusammenbruch von 1806. Die „wahren“ Preußen von 1806 sind die Deutschnationalen von 1918. Der Freiherr vom Stein und alle die, die einen Schritt vorwärts tun wollten, wurden als „Jakobiner“ verschrien. Die „Jakobiner“ von heute sind die Sozialdemokraten. Es ist eine Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn Deutschnationale und ihnen verwandte Geister heute vom Freiherr vom Stein und seinen Helfern sprechen. Man muß ihnen das Wort zurufen: Ihr baut den Propheten Denkmäler und damit beweist Ihr, daß Ihr die Nachkommen der Prophetenmörder seid.

Deutscher Reichstag.

Die Reaktion in Bayern.

Als der Reichstag am Mittwoch zum ersten Male wieder seine Pforten öffnete, gedachte der Präsident Lübeke zunächst in wohlhabenderer und warmerherziger Ansprache der Reichsgründung, und widmete dann dem verstorbenen Genossen Legien und dem ehemaligen Reichszugler Bethmann-Hollweg den üblichen Nachruf. Die Kommunisten konnten es sich nicht vertragen, eine kindische und überflüssige Gedenkrede abzugeben und den früheren Reichszugler, der auch uns nicht besonders nahe gestanden hat, einige Schmähworte ins Grab nachzurufen. Dann begann die Ansprache über den Antrag der „Unabhängigen“, die Reichsregierung möge für Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern Sorge tragen. Der „Unabhängige“ Soltau und Genosse Vogel gaben ein wahrhaft erschütterndes Bild von den unglücklichen Zuständen, die in dem angeblichen Freistaat Bayern zurzeit herrschen, und den Orgien, die Klassenjustiz und Reaktion dort feiern. Tatsächlich diskreditiert Bayern die deutsche Republik vor aller Welt. Auf Grund erlogener Spiegelberichte wird jede Meinungsäußerung unterdrückt und gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften ein unerbittlicher Feldzug geführt. Ueber die Verdrängung der Reichsregierung, die Aufhebung des Ausnahmezustandes zu erzwingen, besteht nach der Verfassung kein Zweifel. Der Reichsminister Koch gab demgegenüber eine recht lendenliche Erklärung ab, worin er zwar den Belagerungszustand als unerwünscht bezeichnete, jedes Eingreifen der Reichsregierung jedoch ablehnte. Es war das übliche demokratische Einerseits, Andererseits. Der Vertreter der bayerischen Volkspartei hingegen machte aus seinem reaktionären Herzen ebenso wenig eine Mördergrube wie die Herren Strathmann (Dp.) und Marekky (Dp.). Marekky, der Rapperdecker und ewige Assessor, stellte Bayern als einen wahren Musterstaat und als ein leuchtendes Vorbild für das Reich hin. Ein ansehend geisteskranker Tribünenbesucher, der fortwährend in den Saal rief: Zeit ist Geld, traf den Nagel auf den Kopf. Es stellt sich jetzt schon heraus, obwohl die Beratung Donnerstag fortgesetzt wird, daß in dieser wichtigen Frage, welche die Auslandspolitik des Reiches aufs engste berührt, die Linke wieder einmal einer geschlossenen bürgerlichen Front gegenübersteht. Aber uns kann diese Demaskierung der wahren Gefühle der angeblich demokratisch denkenden bürgerlichen Parteien nur recht sein.

Berlin, Mittwoch, den 19. Januar 1921.
51. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Präsident Lübeke: Ich begrüße die Kollegen im neuen Jahr. Gestern sind 50 Jahre verflossen, seitdem, zeitlich unter ganz anderen äußeren Verhältnissen, die deutschen Stämme ihre nationale Einheit begründeten und damit die jahrzehntelange Sehnsucht der vorwärtsgerichteten Kreise unseres Landes, wenn auch unter ganz anderen Formen, ihre teilweise Erfüllung fanden. Die dem Jubiläum folgte bald die Geburtsstunde des ersten Deutschen Reichstages, der an die Stelle des Norddeutschen Reichstages getreten ist. Die Lage unseres Landes und des deutschen Volkes regt nicht dazu an, dieses Ereignis mit lauten Freuden zu gedenken, aber in Ernst und Festigkeit richtet mir uns auf, um auch in trüben Zeiten das gewonnene Gut der Einheit fest zu bewahren (Beifall) und dem Tage entgegenzuarbeiten, an dem niemand mehr es unternimmt, in einem Lande die Ebenbürtigkeit im Kreise der Völker zu bestreiten (Lebh. Beifall), an dem wir Gleichheit und Gleichberechtigung wieder errungen haben durch Werte des Friedens, Gutes des Geistes und durch aufbauende Arbeit. Wir leben auch mit Zuversicht dem Tag entgegen, da die gegen ihren Willen von uns getrennten deutschen Landesteile ihre Selbstbestimmung erlangen (Beifall), an dem keine fremde Gewalt mehr die Deutschen der ehemaligen österreichischen Länder den Weg zu ziehen hindert, die sie frei gewählt haben. (Erneuter Beifall.) Erst dann wird die Volkseinheit des deutschen Volkes errichtet sein, das deutsche Volk, das keine anderen Völker bedroht, und das keine Einheit nur begründet auf der friedlichen freien Willensbestimmung seiner Angehörigen. (Beifall.) Diese Angehörigen möglichst alle wieder einem glücklichen und friedlichen Leben zuzuföhren, diesem Ziel sei unsere Arbeit in der deutschen Republik gewidmet. (Lebh. Beifall.)

Während unserer Pause hat das Haus ein schmerzlicher Verlust betroffen. (Mitglieder des Hauses und der Regierung erheben sich von den Plätzen.) Abg. Karl Legien ist am 23. De-

zember gestorben. Der Verstorbene gehörte dem Reichstage seit 1893 mit einer fünfjährigen Unterbrechung an. Auch hier hat er ein wesentliches Tätigkeitsfeld gefunden in Fragen der Sozialpolitik, des Arbeiterrechts und des Arbeiterlohnes. Er hatte, wenn er das Wort ergrieff, was durchaus nicht häufig geschah, nicht nur das Ohr seiner politischen Freunde, seine sachliche Tätigkeit hat ihm Ansehen und Anerkennung über die Grenzen des Landes eingebracht. Wir haben an seiner Waise einen Kranz niedergelegt. Der Reichstag hat sich dieser Ehrung durch Erheben von den Plätzen angeschlossen. Einige Tage später starb plötzlich der frühere Kanzler des Reiches, v. Bethmann-Hollweg (die Kommunisten sehen sich), der einen erheblichen Teil seiner Arbeit in trüber Zeit leistete. Wir wollen uns in diesem Hause nicht über seine Tätigkeit in Streit versetzen. Angesichts des Todes schwinden die Gegensätze. (Abg. Markmann ruft: Er ist doch der Kriegschuldige! — Entrüstete Pfuirufe.) Der erbliche Wille und seine guten Absichten werden wohl kaum von einer Seite bestritten werden, und wenn der Erfolg diesen guten Absichten nicht immer entsprochen hat, so ist das kein Grund, ihm eine hille Ehrung zu verweigern. (Lebh. Zustimmung.) Abg. Dr. Spahn hat die Güte gehabt, einen Kranz an seinem Sarge niederzulegen. Ich danke ihm und stelle fest, daß das Haus dieser Ehrung zustimmt. (Abg. Wolf-Hoffmann ruft: Drei Millionen Tote!) Abg. Dr. Levy (Kommunist): Namens der vereinigten kommunistischen Partei erhebe ich mit aller Schärfe Widerspruch dagegen, daß der Präsident eine imperialistische Kundgebung auf den geschichtlichen Vorgang begründet, daß vor 50 Jahren der König von Preußen aus der Hand der deutschen Fürsten die Kaiserkrone empfangen hat. Es war das nicht die Einigung des deutschen Volkes, es war das nicht das Wert des schaffenden Volkes, sondern es war das Wert der bismarckischen Blut- und Eijempolitik. Millionen Deutsche, namentlich in Oesterreich, blieben außerhalb der Grenze des sogenannten geeinten Deutschlands, und die Einheit innerhalb dieser Grenzen wurde durch den reaktionären Partikularismus vereitelt. (Abg. Mumm (Dp.): Geben Sie nach Rostau!) Kostes Maßnahmen, Ord... (Laute Schlußrufe, an denen sich auch die Tribünenbesucher beteiligen.) Die Schlußrufe der von Dr. Levy verlesenen Erklärung bleiben unverstanden, da sich trotz der Mahnung des Präsidenten Loebe zur Ruhe die Schluß- und Pfuirufe, besonders auf den Tribünen, immer mehr verstärken. Unter Zischen und Pfuirufen verläßt Dr. Levy schließlich die Tribüne.)

Der Schriftführer verliest eine Mitteilung des Inhalts, daß in dem Verfahren gegen den Abg. von Kerthoff (Dp.) festgestellt worden sei, daß eine Steuerhinterziehung nicht vorliege. Abg. von Kerthoff wird von zahlreichen Abgeordneten beklatscht.

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Die Gesekenswürde über den Ersatz von Kriegsschäden im Auslande, von Kriegsschäden von ehemals deutschen Schutzgebieten und der durch Abtrennung deutscher Reichsgebiete entstandenen Schäden werden auf Antrag des Abg. Dr. Curtius (Dp.) einem besonderen Ausschuss überwiesen.

Es folgt dann die Besprechung des Antrages der „Unabhängigen“, der die Aufkündigung der von der bayerischen Regierung auf Grund des Art. 48, Absatz 2 getroffenen Maßnahmen verlangt.

Den Antrag begründet der Abg. Soltau (U. S.): Außer Bayern gibt es in der ganzen Welt kein Land, dessen Bevölkerung nun schon seit 6 1/2 Jahren unter dem Ausnahmezustand leidet. Der Belagerungszustand ist nicht nur eine Fessel, sondern ein Ausnahmestadium schlimmer Art. Der Ausnahmezustand richtet sich nur gegen die sozialistische Arbeiterschaft und die sonstigen freiheitlich-republikanischen Elemente.

Reichsminister des Innern Koch: Die Reichsregierung ist zur Nachprüfung der Notwendigkeit des Ausnahmezustandes in Bayern mit der bayerischen Regierung in Verbindung getreten. Im allgemeinen hält es die Reichsregierung nicht für angebracht, in die polizeilichen Angelegenheiten der Länder einzugreifen. (Hört, hört!) Bei dem geringen Bestande der Reichswehr ist die Reichsregierung nicht in der Lage, anders als in ganz außerordentlichen Fällen einer Landesregierung bei der Bekämpfung von Unruhen beistand zu leisten. (Zurufe bei den Unabh.: Bremen.) Sie muß deshalb in erster Linie den Landesregierungen auf politischem Gebiet die Verantwortung überlassen. Für Bayern kommt insbesondere hinzu, daß der Ausnahmezustand begründet worden ist, nachdem die Bevölkerung die schwersten Räte der kommunistischen Herrschaft durchgemacht hatte. Daraus erklärt sich in weiten Kreisen der dortigen Bevölkerung das Bestreben, einen verstärkten Schutz mit größerer Dringlichkeit zu fordern, als in anderen Teilen des Reiches. (Große Unruhe auf der äußersten Linken und Räumliche Zwischenrufe: Ortschaft.) Endlich aber ist die Lage zuzeit dadurch erleichtert, daß Bayern vor der Möglichkeit steht, auf Grund der Forderungen der Entente auf einmal eine Abdrückung seiner Schutzmaßnahmen in Angriff nehmen zu müssen, was mit einer erneuten Gefährdung der öffentlichen Sicherheit verbunden sein würde. Eine sachliche Erledigung dieses Fragenkomplexes würde durch die Herausnahme dieser einen Frage erleichtert werden. Das sind die Gründe gewesen, weshalb die Reichsregierung lange Zeit eine abwartende Stellung einnahm, und weshalb sie sich auch heute eines plötzlichen Eingriffes enthält. (Großer Beifall auf der äußersten Linken, Zuruf: Sie sind der Handlanger der Entente.) Abg. Kemmerle macht einen Zwischenruf, worauf ihm der Präsident Loebe bedeutet, daß er zu Schweigen habe, wenn der Präsident spricht. Jedoch erachtet die Reichsregierung auf die Dauer der fortwährenden Beratungen die Aufrechterhaltung der weitgehenden Bekämpfung des Ausnahmezustandes in Bayern für sehr wichtig. Die Reichsregierung hofft im Wege der Verhandlungen mit der bayerischen Regierung zu einer Klärung und Befriedigung zu gelangen. Von einer Beschleunigung des Beschlusses und Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern birnt die Reichsregierung zurzeit abzusehen.

Staatssekretär Dr. Schwenker: Die Ausführungen des Abg. Soltau sind durch die tatsächlichen Verhältnisse in keiner Weise gerechtfertigt. (Räumliche Zwischenrufe auf der äußersten Linken.) Abg. Dr. Heim ruft der äußersten Linken zu: Machen Sie doch keine sinnliche Aufregung! Als der Reiner schick,

Tag. Nach längeren Beratungen der einzelnen Parteien kam es zu einer Verständigung dahin, beide Parteien sollten ihren Mitglieder empfehlen, daß vom 1. Dezember bis zum 31. Dezember 1920 eine Nachzahlung von 25 Pf. pro Stunde erfolgen solle. Vom 1. Januar bis zum 15. Februar d. J. sollte der Stundenlohn 2,25 Mk. betragen und für die Februar 2 Mk. pro Tag und für jedes Kind 1 Mk. pro Tag. Vom 16. Februar bis zum 31. März d. J. sollte der Stundenlohn 5,40 Mk. und die vorgenannten Frauen- und Kinderzulagen gewährt werden. Es entspann sich dann noch eine Auseinandersetzung über die Wiederbeschäftigung resp. Wiederaufnahme der Arbeit. Die Arbeitgeber hatten sämtlichen Streikenden die Entlassung ausgedient, nach Ansicht des juristischen Beraters des Arbeitgebers wegen Vertragsbruchs. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, daß die Streikenden sämtlich in den Betrieben wieder eingestellt werden sollen und daß geschlossen die Arbeit wieder aufnehmen sei. Die Ausgeschiedenen werden als alte Arbeiter wieder eingestellt und genießen die in dem Manteltarif, der bis zum 31. März d. J. gilt, festgelegten Vergünstigungen, wie Weiterzahlung in Krankheitsfällen, Gewährung von Urlaub usw. Maßregelungen dürfen von beiden Seiten nicht stattfinden. Diese Vereinbarungen wurden in den Vorkonferenzen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer von beiden Parteien angenommen. Die Arbeit ist in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Durch die Einigkeit und das solidarische Zusammenhalten der auf den Holzplätzen beschäftigten Arbeiter ist es gelungen, einen Kampf zu vermeiden, der unter Umständen auf dem Wirtschaftsmarkt von weittragenden Nachteilen hätte werden können.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Lübeck.
Mieterechtsverein. Am Mittwoch hatte der Bezirk Burg-10 eine öffentliche Versammlung in das Lokal Neulauerhof einberufen, die gut besucht war. Der erste Vorsitzende des Vereins hielt einen heftigen aufsehnenerregenden Vortrag. Der Mieterrat von Burg-10 hatte eine Entschließung ausgearbeitet, die von der Versammlung einstimmig angenommen wurde und der Bürgerkammer einzureichen ist. Diese lautet: Resolution der Mieterechtsvereine und Wohnungsluxussteuer. Die Resolution richtet an die Bürgerkammer folgenden Antrag: Die Bürgerkammer wolle beschließen, den Senat um den beschleunigten Erlass einer Verordnung zur Regelung der Mieterechtsverhältnisse unter Herbeiführung der Zustimmung des Reichsarchitektenamts zu ersuchen. Die Verordnung soll insbesondere 1. einen beherrschenden Konsumzuschlag auf die Friedensmiete vom 1. Juli 1914 für öffentlich-rechtliche Wohnen, notwendige Instandhaltungsarbeiten und Reparaturkosten vorsehen. 2. Die Hauseigentümer zur Anweisung einer geordneten Buchführung für jedes einzelne Grundstück verpflichten und das Wohnungsamt veranlassen, über jedes Haus ein Kataster zu führen, in welchem die Entstehung und Verfallung des Hauses nachzuschauen ist. 3. Die Errichtung einer geordneten Kontrolle herbeizuführen, um den Verfall der vorhandenen Wohnräume zu verhindern. Hierbei sind die Mieter in den einzelnen Wohnbezirken zur Mitarbeit heranzuziehen. 4. Von dem Mieterechtsamt jedes Hauses haben die Hauseigentümer 20 Prozent an das Wohnungsamt abzuführen. Diese Einnahmen werden dazu benutzt, um neu zu errichtende Häuser mit Kautschuk zu einem billigen Rinsfuß, höchstens 3 Prozent, zu beleihen. Wohnungs-luxussteuer. Die Einkommensteuer erhebt den Senat um die beschleunigte Erlassung eines Gesetzes, durch das eine gestaffelte Abgabe von überflüssigen Wohnräumen bestimmt wird. Der Ertrag der Steuer muß zum Bau neuer Wohnungen verwendet werden.

Bücher Kleinwohnungen ein und jetzt behandelt Bauart. R. M. Birk (Lübeck) in einem längeren Aufsatz mit zahlreichen Abbildungen und Grundrissen in der Zeitschrift „Haus-Kundschau“ Verlag Konrad Hanf, Hamburg 8, und betont, daß Lübeck auf dem Gebiet des Kleinwohnungsbaus kein Neuland ist. Von den sogenannten Gängen und Stützpunkten ausgehend, zeigt Bauart Birk, wie bei größerer Enge Kleinhäuser z. B. an der Nierelstraße, der Westhoffstraße, der Kerkringstraße usw. entstanden.

Die Amtsbezeichnung „Safenkavaliere“ hat der Senat dem Hafenmeister Herrn Müller beschlossen. — Zum Hafeninspektor hat der Senat den Hafenmeistergehilfen Herrn Wautt Rieß ernannt.

Der Plan einer großen nationalökonomischen Tageszeitung sucht von neuem wieder auf. Wie wir erfahren, verhandelt eine Kapitalistengruppe mit der Eisenbahnzeitung „Zweites Anlauf des Geschäfts und des Hauses.“ Diese Verhandlungen sollen bereits soweit gediehen sein, daß sie dem Abschluß nahe sind. Es ist damit zu rechnen, daß die bisherigen Bewohner des Hauses die Wohnungen räumen müssen. Bei der ganzen Sache handelt es sich um ein Millionenunternehmen. Man sieht also, die reaktionären Parteien lassen nichts unversucht, um ihren seit längerer Zeit geübten Plan durchzuführen und ihre alte Vorherrschaft wieder anzurichten.

Ermäßigung der Seefrachten nach den Ostseehäfen. In einer Mitteilung des Lübecker Expeditorenvereins heißt es: Nachdem nunmehr auch die Reedereien der von Lübeck nach den süd- und westnorwegischen Häfen verkehrenden Dampferlinien eine allgemeine Ermäßigung der Seefrachten voranommen haben und damit dem Beispiel der von Lübeck nach Dänemark, nach Schweden und nach Finnland fahrenden Dampferlinien im Ver- ablassen der Seefrachten gefolgt sind, so werden jetzt auch auf allen von Lübeck ausgehenden Dampferlinien zum Teil recht erheblich ermäßigte Seefrachten notiert.

Nachnahmewert des Beispiel. Der Wächter des Ratseinkellers, Herr Aug. Habr., hat es übernommen, täglich 20 hilfsbedürftige Kinder, die ihm von der Zentrale für private Fürsorge zugewiesen werden, am Mittag zu speisen.

Die Gründung einer Einkaufsgenossenschaft für das Sauer- gewerbe haben, wie uns geschrieben wird, eine größere Anzahl Maurers, Zimmer- und Dachdeckermeister nach einem Vortrag des Rechtsanwalts Häbler beschlossen. In der Aussprache wurde betont, daß ein Zusammenschluß zum gemeinsamen und billigeren Einkauf aller Baumaterialien unbedingt notwendig ist, da die Händler vor allem von den kleineren Geschäften hohe Preise verlangen.

Ein Jagdunfall und seine Folgen. Von Herrn Rechtsanwalt Dr. J. habe werden wir um Aufnahme folgender Zeilen gebeten: In letzter Zeit sind in den Blättern verstreute Notizen erschienen über den Prozess des Arztes Dr. S. gegen den Kaufmann T. wegen Schaden an T. und über den insolge davon aus- gebrochenen Konkurs über das Vermögen von T. Alle diese Mitteilungen zeigen die deutliche Tendenz, das Schicksal des T. als besonders bedauerenswert hinzustellen, und man hat das Gefühl, als wenn gegen Dr. S. wegen seines Vorgehens ein verheerender Vorwurf erhoben werden soll. Als Anwalt von Dr. S. bitte ich Sie ergebenst, zur Aufklärung der Öffentlichkeit dieses Schicksals in Ihrem geschätzten Blatte zu veröffentlichen. Zu dieser Auf- klärung bitte ich mich umso mehr veranlaßt, als mir auch in Ver- bindung mit dem Fall die Auffassung entgegengetreten ist, daß das Urteil gegen T. hart sei. Niemand wird dem unglücklichen T. sein menschliches Mitleid verweigern. Dennoch muß ich es als eine völlig falsche und unangebrachte Sentimentalität bezeichnen, wenn darüber das Schicksal von Dr. S., der wirtschaftlich und rein menschlich unendlich viel schwerer getroffen ist als T., verzeihen wird. Als bald nach dem Jagdunfall, der Dr. S. das Augenlicht kostete, habe ich mit T. und seinem Anwalt verhandelt. Ich habe ihnen mitgeteilt, daß Dr. S. hinsichtlich Mittel zum Unterhalt für seine Familie auf für ein in Aussicht genommenes Heiloverfahren künde. Namens des Dr. S. habe ich erklärt, daß dieser gar nicht daran denke, T. in seiner Erziehung zu behindern. Ich habe vorge- schlagen, T. möchte sich über seine Vermögens- und Einkommens- verhältnisse genau unterrichten und sich mit mir verständigen über das, was er seinen Wunden ohne Gefährdung des Unterhalts für sich und seine Familie. Dabei habe ich die Frau, die überhaupt auf keiner Seite eine Verpflichtung zum Schaden an T. besteht, der Ent- wicklung des Gerichts überlassen. T. und sein Anwalt Dr. M. waren bereit, auf meinen Vorschlag einzugehen. Im letz-

ten Augenblick befand sich T. anders. Er entzog Dr. S. sein Mandat und ließ sich auf die wesentlich in seinem Interesse von mir angebotenen Verhandlungen nicht weiter ein. Als das Urteil er- gangen war und ich mit Vollstreckung vorging, meldete T. den Konkurs an. In Verfolg dieser Konkursanmeldung wurde das Verfahren wegen Konkursverbrechens eingeleitet. Bis heute hat T. an Dr. S. noch nicht einen roten Heller an Schadenersatz gezahlt, auch seinerseits keinen Vorschlag gemacht. Wäre T. dem Räte seines früheren Anwalts gefolgt, so wäre seine wirtschaftliche Exi- stenz erhalten geblieben. Wenn es jetzt anders gekommen ist, so ist dies einzig und allein dem unheilvollen Einfluß eines hiesigen Matlers zuzuschreiben, der ihn in der ganzen Angelegenheit ebenso strupellos wie dummi beraten und dadurch seinen Zusammenbruch verschuldet hat.

Stadttheater. Fremdenvorstellung. Sonntag nachmittag: „Madame Butterfly“; abends: „Die Frau im Hermelin“.

Ringkämpfe im Gewerkschaftshaus. Reflutate vom Mittwoch, dem 19. Januar 1921. Der finnische Riese Warja besiegte Coburg in 6 Min. 14 Sek. durch Doppelnelson, der belgische Weltmeister Steurs den Kölner Mitingens durch Untergriff von der Seite in 7 Min. 14 Sek.; Grunwald - Wien und Goldbach - Wien rangen unentschieden, während Europa- meister Urbach seinen Gegner Pettigean - Berlin in 18 Minuten 15 Sek. durch Kopfstoßschwingung auf beide Schultern brachte.

ph. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Göttingen, der als Straftäter aus dem Amtsgerichtsgefängnis mit einem Kollegen entwichen war und ein Arbeiter aus Kienfeld, der in dem dringenden Verdacht steht, einem in Rageburg wohnhaften Arbeiter ein Fahrrad gestohlen zu haben.

ph. Ein Kinderwagen mit Zeitzug wurde vom Flur eines Ganges in Balauerlohr abgestohlen.

ph. Ein feiner Diebhaber. Wegen Heiratschwindels und Diebstahls wurde ein 47jähriger Kaufmann aus Kromolow festgenommen. A., der bereits seit Jahresfrist mit einer hiesigen Dame verlobt ist, hatte mit einer hier wohnhaften Witwe ein Liebesverhältnis angeknüpft unter dem Versprechen, sie heiraten zu wollen. Er hat dann auf Kosten der Witwe längere Zeit hier gelebt und hat letztere obendrein noch bestohlen und betrogen.

Niendorf i. Bütschen. Neuer Mittkämpfer. Am Sonn- abend, dem 15. Januar, wurde in Niendorf i. Bütschen eine Ortsgruppe des Sozialdemokratischen Vereins Lübeck gegründet. Als Vorsitzender wurde der Gen. Franz Jürga, als Kassierer Gen. Sülimann, zum Schriftführer Gen. Prümann gewählt. Zu Revisoren wurden die Genossen Joh. und Willi Schülz bestellt. Gen. Weich-Lübeck hatte das Referat übernommen, das von den Anwesenden mit gespannter Aufmerk- samkeit angehört wurde. Nach Aufnahme einer Anzahl neuer Mitglieder schloß Gen. Wolftradt die schon verlaufene Ver- sammlung.

Angrenzende Gebiete.

Neuhans a. d. Oste. Einen „fetten“ Posten hatte sich der Inspektor Förster bei der Molkerei in Lamstedt ergarbiert. Er kam mittellos in den Ort, heiratete in eine unermögende Familie hinein und verschaffte sich trotzdem eine Wohnungseinrichtung für 200 000 Mark. Woher das Vermögen kam, stellt sich jetzt allmählich heraus. Bisher ist ihm nachgewiesen worden, daß er 2626 Pfund Butter unterschlagen hat. Aber von diesem Erlös konnte sich der Herr nicht so aufs hohe Ross setzen. Er wird wohl noch mehr auf dem Kerbholz haben. In den Kreisen der Molkereigenossen herrscht Erbitterung darüber, daß sich der Vorstand schon vor der endgültigen zahlenmäßigen Feststellung der Unterschlagungen dahin mit Förster geeinigt hat, daß derselbe einen Schadenersatz von 20 000 Mark zahlt und bis zum 20. ds. Mts. die Wohnung zu räumen hat. Man will nun aber den Abtransport des wertvollen Haus- halts verhindern, um sich an diesen Schaden halten zu können. — Die unterschlagene Butter ist natürlich der Gesamtheit ent- zogen und dem zahlungsfähigen Publikum zugeschoben worden. Wie das so abläuft ist.

Riel. Die Fischei mit der Ringwabe wird in wenigen Tagen auch in den Riel Gewässern aufgenommen werden. Auf den Riel Bezirk entfallen bisher sechs solcher Ringwaben, von denen vier schon betriebsfähig sind. Ein Probefisch vor der Riel Förde lieferte ein sehr zufriedenstellendes Ergebnis, im übrigen aber den Nachweis, daß der Hering in diesem Jahre erst wenig in unsere Binnenförde eingedrungen ist. In jenem Tage gingen die Fische innerhalb der Linie Laboe - Büll ziemlich leer aus, während in See größere Heringschwärme, aller- dings auf tiefem Wasser, angetroffen wurden. — Die Handels- kammer erhob wegen Gefährdung des Schiffsverkehrs Einbrosch gegen das Ringwabenfischen in engen Gewässern. Eine Kommission aus den Fahrzeugen, Kanugeräten und Vorrichtungen, die bei der Ringwabenfischei benutzt werden, könnten beiderseits Schaden- ersatzprüche zur Folge haben, die in heutiger Zeit in die Hund- erttausende gehen können.

Ein sozialistisches Kabinett in Mecklenburg.

Die Lübecker Demokraten gegen Wendorf.

Schwerin, 19. Januar.
In der heutigen Sitzung des mecklenburgischen Landtages gab zunächst die demokratische Abg. Fr. F. F. für ihre Fraktion die Erklärung ab, daß die Demokraten sich bei der Wahl der Staatsminister der Stimme enthalten werden. Bei der darauf folgenden Wahl wurden für das bisherige Ministerium Reinde-Bloch 26 Stimmen abgegeben, 31 Stimmen entfielen auf Kriegsgerichtsrat Kieweger (Riel), Lehrer Puls (Rostock), Angehörten der Kreisbehörde Evers (Schwerin), Abg. Petersen, Bürgermeister von Goldberg. — Dr. Kieweger ist Rechtsanwalt in Riel und war ehemals Marinekriegsgerichtsrat. Minister Puls steht seit 20 Jahren im Lehramt und ist jetzt tätig an der Realschule in Rostock. Der Abg. Petersen war früher Redakteur am „Samburger Echo“ und wurde nach der Revolution zum Bürgermeister in dem Städtchen Goldberg gewählt. Der dritte Minister Evers ist Kaufmann. Er diente 19 Jahre beim Militär, zuletzt als Unterjägermeister.

Die Demokraten haben sich hier zur größten Überraschung recht „demokratisch“ benommen. Sie hatten nicht den Mut, aus ihrem vorhergehenden Verhalten den Konventionen gegenüber die Konsequenzen zu ziehen und sind wie die Vögel in der Luft. Für diese Stellungnahme können die Demokraten durchaus keine schicklichen Gründe aufbringen. Selbst der Einbruch, der im demokratischen Lager gegen die Stellungnahme ihrer Abgeordneten laut wurde, durfte veranimatorische Versuche nicht zu diesem Zwecke bewegen. Die Demokraten haben sich dadurch im Kampfe gegen die Reaktion als völlig unzuverlässig erwiesen. Im Lande Mecklenburg werden sie ihre Rolle bald ausgespielt haben. Sie besitzen auch im ganzen Lande keine Presse. In Rostock ist auch die Reaktion der „Rostocker Zeitung“ aus der demokratischen Partei ausgeschlossen.

Bezeichnend für demokratische Uebereinstimmung ist ein Artikel der demokratischen „Strelitzschen Landeszeitung“, der auch nach Lübeck herüberhört. Es heißt dort: „Insbesondere hat man sich dabei gegen den Herrenkreiß Wendorffs gewandt, der immer wieder dem von Deutsch-Ostpreußen hochverdienten General von Lettow - Vorbeck gerichtlich an den Ringen wollte, weil der berühmte Kolonialführer während des Kampfes als Brigadeführer in Schweden mania weile ge- handelt hatte. Auch Lübeck erkannte die falsche Rich- tung dieser Wendorffschen Politik und unterstützte er- folgreich das dringende Verlangen der Strelitzer Demokraten, daß bei der Reichstagswahl an der Spitze der demokratischen Liste nicht wieder Dr. Wendorffs oder Eindeutigs Name erlöhen, son- dern, daß sie dem früheren mecklenburgischen Reichstags- abg. Dr. Stubbmann Platz machen müßten.“

Das ist ein schöner Ausdruck für einen Mann wie Dr. Wen- dorff, dem immerhin ein mannhaftes Auftreten gegen die Kap- pellen nicht abgestritten werden kann. Daß er magie, im Ordis- musfisch von seinem Rechte Gebrauch zu machen, auf seinem Teile beizutragen, das Dunkel, das über der Ordisch und ihrem gebietmen Treiben lag zu lüften, wurde ihm bis angekreidet. Daß Dr. Wendorff sich pflichtgemäß an der Enthüllung des Charakters und der Tätigkeit der militärisch organisierten Besetzung der Güter mit Subertus-Arbeitsgemeinschaften beteiligte, brachte ihm den arminianischen Hah der Ehre ein. Die Rechtspartheiler, die Reaktionäre aller Farben, sie haben die Lage der Ordisch und der Subertus-Wirtschaft auf den Gütern gezählt. Sie wurden nerods und schimpfen jetzt wie die Rospapen.

Schwerin. Entdeckung eines Braunkohlen- lagers. Bei den Ausschüttungsarbeiten einer Brunnenanlage in Spornitz auf der am Steinbecker Wege neuerbauten Bild- nerei Nr. 28 stieß man nach Hinwegräumung einer Erdschicht von 3 Meter Tiefe auf ein Braunkohlenlager, das eine Stärke von etwa 8 Metern und einen beträchtlichen Umfang haben dürfte.

Edelherde. Kabellehafte Holzpreise. Im Schwaben fand eine Holzauktion statt, auf der Preise gezahlt wurden, wie man sie bisher nicht gekannt hat. Ein Doppelraummeter Buchen- fluchtholz wurde mit 460 bis 500 Mark, ein Doppelraummeter Kieferholz mit 400 bis 430 Mark und die Nummer Buchholz mit 150 bis 200 Mark bezahlt. Arme und minderbemittelte Leute, die sich in großer Zahl eingefunden hatten, konnten solche Preise nicht zahlen und mußten vom Kauf absehen.

Sarburg. Streit der Feiger und Maschinenisten. Am Mittwoch sind die Feiger und Maschinenisten, in den Streit getreten, wodurch die Arbeiter der Großbetriebe stark in Mit- leidenschaft gezogen sind.

Bremen. Peruna-Lücke Demonstration. Die Kommunisten hatten aus Anlaß des Todesjages von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu einer Demonstration aufgefordert. Viel Quatrat hatte ihre Aufforderung nicht, denn es hatten sich höchstens 300 Personen, inkl. der vielen Neuterien, zu der Ver- sammlung eingefunden. Von einem Demonstrationzug wurde daher Abstand genommen.

Eschwege. Schredlicher Fund. Die 79jährige Witwe Louise Abba in Dorum wurde in Lumpen gehüllt und von Ratten angeeant in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Die Verstorbene verliert über ein großes Vermögen, das lachende Erben in Besitz nehmen werden.

Eschwege. Schiffsunglück. Der Rielier Schlepp- dämpfer „Nordstern“ mit zwei leeren Schuten von Rottbard nach Riel bestimmt, ist Montag nachmittag bei schwerem Süd- weststurm auf Groß-Boogelund gebrandet und total verloren ge- gangen. Der Mast und der Schornstein ragen noch aus dem Wasser hervor. Hilfe konnte nicht gebracht werden, weil man an das Schiff nicht herankommen konnte. Von der Besatzung des Schleppdampfers sind der Kapitän und vier Mann er- trunken, nur der 65 Jahre alte Koch, der sich über 13 Stunden am oberen Teil des Schornsteins festgehalten hatte, ist gerettet, und durch den Schlepver „Neuer“ hier total erschöpft gelandet worden. Von den Schuten ist nur eine abgesehen und hier ein- gebracht worden, über den Verbleib der anderen ist nichts bekannt. — Stark überfällig ist der in der Nordseefahrt beschädigte Fischdampfer „Senator Michabelles“. Man hat über seinen Ver- bleib ernste Besorgnisse. Er ist heute bereits den 18. Tag unterwegs.

Neueste Nachrichten.

Der Nachfolger Karl Legiens.

II. Berlin, 20. Januar. Der Bundesauschuh des Allge- meinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat an Stelle des verstor- benen Karl Legien den früheren Vorsitzenden des Deutschen Holz- arbeiterverbandes, Theodor Leipzig, zum vorläufigen Vor- sitzenden gewählt.

Die Beugabigung von Holz abgelehnt.

II. Dresden, 20. Januar. Im sächsischen Landtag wurde gestern der Antrag der Kommunisten, den Vandesführer Holz und seine Spießgesellen zu beandigen, behandelt. Alle Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, sprachen sich gegen den Antrag aus und lehnten denselben ab.

Die Reichsdeutschen in Elsaß-Lothringen.

II. Genf, 20. Januar. In Elsaß-Lothringen ist die im Ver- faßter Verträge (Anhang Artikel 79) festgesetzte Frist für die Na- turalisierung der im Lande Geborenen oder anässigen Reichsdeut- schen am 15. Januar abgelaufen. Der Präsidentschaft von Metz hat ange- ordnet, daß nunmehr alle in seinem Verwaltungsbezirk anässigen Ausländer eine neue Naturalisierungserklärung abzugeben haben. Wie der „Revue de la Presse“ hinzusetzt, hat die Aufklärung aller Aus- länder den Zweck, die nichtnaturalisierten Reichsdeutschen unter Polizeiaufsicht zu stellen und, falls sie sich der deutschen Meinung verdächtig machen, auszuweisen.

Ministern-Telegrammwechsel.

II. Genf, 20. Januar. Briand hat sofort nach seiner Er- nennung zum Ministerpräsidenten ein Telegramm an seine Kolle- gen in London, Rom und Brüssel gerichtet, um angehts der be- vorstehenden Konferenz ohne Zeitverlust die persönlichen Bezie- hungen mit den Ministerpräsidenten der Enicnte herzustellen. Lloyd George, Giolitti und Carlon de Biari haben diese Höflich- keit ihrerseits mit Telegrammen beantwortet, in denen sie die Gegenseitigkeit der guten Willen feststellen. Nur das Telegramm Lloyd Georges zeichnet sich durch eine Färbung aus, die unter den gegenwärtigen Umständen ihre Bedeutung hat: Briand er- innert in seinem Telegramm den englischen Premier an ihre Zu- sammenarbeit während des Krieges und gibt der Freude darüber Ausdruck, daß er nun von neuem mit Lloyd George an der Erhal- tung der guten Beziehungen zwischen England und Frankreich zu- sammenwirken könne. Er schloß mit den Worten: „Mein höch- ster Wunsch besteht darin, diese Beziehungen mit jedem Tag enger werden zu lassen, und Sie dürfen versichert sein, daß ich meine ganze Kraft dafür einsetzen werde.“ — Lloyd George erwiderte darauf, daß er sich mit Befriedigung des freundschaftlichen Zusammenarbeitens mit Briand während früherer Augenblicke er- innere, und daß er auf die Fortdauer dieses Freundes der Einig- keit bei den bevorstehenden Entscheidungen vertraue, Entschiede- nen, die nicht nur für die beiden großen, von uns vertretenen Län- der zu treffen sein werden, sondern von denen auch im ausdehnen- testen Maße das Schicksal von ganz Europa abhängt.

Deutscher Wiedergutmachungsvorschlag.

II. Paris, 20. Januar. Der „Temps“ meldet: Staats- sekretär Bergmann hat nach Paris die Antwort der deutschen Regierung auf den französischen Vorschlag, drei Jahre hindurch Sachleistungen im Werte von drei Milliarden Goldmark zu machen, die auf Wiedergutmachungsfonds gutzuschreiben seien, mitgebracht. Deutschland sei bereit, auf der französischen Grundlage zu verbin- den, wolle sich jedoch nicht auf den Betrag von drei Milliarden Goldmark verpflichten, schlage aber offiziell keine andere Summe vor. Die deutsche Regierung gebe zu erkennen, daß sie ein anderes Verfahren vorschlagen würde, nämlich die Gesamtschuld festzusetzen. Der „Temps“ legt weiter, daß durch die deutsche Antwort eine neue Lage geschaffen sei.

Für den geplanten Jahrbuch der Zeitung mit Ausnahme der Kap- pellen. „Aus dem Freiheit Lübeck“ veranimatorisch: Otto Friedrich; für die Rubrik „Aus dem Freiheit Lübeck“ ver- animatorisch: Hermann Bauer. Verleger: Heinz Steinberg. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Valuta.

Dieses Wort, das seit Jahren von mindestens jedem zweiten Europäer im Munde geführt wird, hat seine Vergangenheit, Gegenwart und sicherlich auch seine Zukunft. Unter „Valuta“ (auf deutsch Wert) versteht man schlechtweg den Kursstand der Münzeinheit irgendeines nationalen Währungssystems. Seit Ausgang des 19. Jahrhunderts bis Kriegsbeginn war das Währungssystem der europäischen Staaten durchweg das der Goldwährung. In den Staaten, in denen die Goldmünze ausschließlich gesetzliches Zahlungsmittel war, sprach man von einer Goldwährung. Staaten mit hinterer Goldwährung nannte man jene Länder, in denen außer Goldmünzen noch sonstige Geldarten, insbesondere Silbermünzen, als gesetzliches Zahlungsmittel in Umlauf waren. Diese Einheitlichkeit der Währungssysteme in Verbindung mit der größeren Stabilität der wirtschaftlichen Verhältnisse sowohl in den einzelnen Ländern als auch am Weltmarkt und damit auch der Außenhandelsbeziehungen der einzelnen Staaten ermöglichte es, die „Valuta“ der einzelnen Münzeinheiten, deren Zahlkreislauf sich staatlich begrenzt war und ist, auch im internationalen Verkehr durchweg in der Nähe der sogenannten „Parität“, das ist der angeblich wirkliche Metallwert der einzelnen Münzeinheit (Mark, Pfund Sterling, Franc, Rubel, Dollar usw.), zu binden. Die Schwankungen der einzelnen Valuten fanden ihre Begrenzung durch den oben, beziehungsweise den untern Goldpunkt. Außerdem suchten die verschiedenen Staaten die Kursentwicklung ihrer Münzeinheiten durch eine entsprechende Disparität ihrer mit der Wahrnehmung der staatlichen Währungsinteressen betrauten Bankinstitute (für Deutschland die Reichsbank) in volkswirtschaftlich gesunden Grenzen zu halten.

Der Krieg warf dieses ganze mühsam aufgebaute Gebäude des internationalen Zahlungsverkehrs über den Haufen. An Stelle der Metallwährungen bzw. der Goldwährungen — die aber bis auf den heutigen Tag als rechtliche Situation unangefastet blieben — trat die Papierwährung. Das Gold wurde von den kriegführenden Staaten dem Verkehr mehr oder weniger zeitlos entzogen, um als Notreserve für die Beschaffung von Verbrauchs- und Verbrauchsgegenständen aus neutralen Staaten Verwendung zu finden. Die Folge der durch den Krieg verursachten währungs- und finanziellen Störungen war, daß in den neutralen Staaten (insbesondere in den skandinavischen Ländern) eine Gold-Inflation und in den kriegführenden Ländern eine Papiergeld-Inflation (Aufblähung des Zahlungsmittelumsatzes) eintrat, die ein scharf ansteigendes Anziehen der Preise im Gefolge hatte. Dieses wurde noch gefördert, wenn nicht gar verursacht, durch die auf der Warenseite liegenden Gründe, vor allen Dingen durch eine im Laufe der Kriegsjahre zunehmende Verknappung der Güter. Welche von beiden: die im Laufe der Kriegsjahre als Folge der Kriegswirtschaft in unverhältnismäßigem Ausmaße sich durchsetzende Aufblähung des Zahlungsmittelumsatzes, also die inflationistische Wirkung der auf der Geldseite liegenden Veränderungen, oder die übermäßige Verknappung der dem Konsum zur Verfügung stehenden Warenmengen, die bereits kurz nach Kriegsbeginn einsetzte, aber erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1918 allgemein fühlbar wurde und in der damals in Angriff genommenen Durchführung der Zwangswirtschaft Niederschlag und Ausdruck fand, als Hauptursache der heutigen Preiskrise anzusehen ist, dürfte kaum wissenschaftlich exakt feststellbar sein. Als durch die Erfahrung bewiesen anzusehen ist, daß seit Abschluß des Waffenstillstandes beide Preisteuerungsmomente wirksam sind. In dem Augenblick, als die hermetische Abgeschlossenheit des innerdeutschen Marktes vom Weltmarkt eine im Laufe der verfloffenen Monate langsam fortschreitende Durchlöcherung erfuhr — die als Folgeerscheinung notwendigerweise einer Lockerung der Zwangswirtschaft verursachte, da die letztere, in Anbetracht des heute international herrschenden individuellen Wirtschaftssystems auf die Dauer nur in national, fest abgeschlossenen Wirtschaftseinheiten (d. h. Staaten) haltbar ist — traten sowohl die auf der Geldseite als auch die auf der Warenseite liegenden Gründe der Preisteuerung offensichtlich

in Erscheinung. Die bis dahin künstlich verleierte Trostlosigkeit unserer wirtschaftlichen Verhältnisse wurde in diesem Augenblicke sowohl im Inlande als auch im Auslande in ihrer ganzen Größe offenbar. Im Inlande bewirkte diese überspätete „Erkenntnis“ im Zusammenhang mit der fortschreitenden Durchbrechung der Zwangswirtschaft ein sprunghaftes Anziehen der Preise — die Anpassung der Inlandpreise an die Weltmarktpreise setzte ein —, im Auslande verursachte sie mit Zunahme des internationalen Wirtschaftsverkehrs ein rapides Hinabgleiten der deutschen „Valuta“ auf ihren „inneren Wert“. Denn auch die Valuta ist ein Preis, und zwar der Preis, zu dem der Ausländer das deutsche Zahlungsmittel in Kauf nimmt. Dieser Preis drückt sich in dem jeweiligen Kursstande der Reichsmark aus, in dessen Fixierung wir dem Auslande, und zwar besonders den Ländern mit fester, verhältnismäßig wenig Schwankungen unterworfenen Valuta, also an erster Stelle Amerika und Holland, überantwortet sind. Daß die Kursbildung für in- und ausländische Zahlungsmittel (Noten und Devisen) auch starken Einflüssen weniger wirtschaftlichen als spekulativen Charakters unterworfen ist, steht unzweifelhaft fest. Es ist dies die sogenannte Valutaspekulation, deren Träger auf Kosten der Witter mit schwachen Valuten ihr schändliches Spiel treiben.

Das Leben in Moskau und Petersburg.

O. E. Renal, 18. Januar.
Eben aus Sowjetrußland eingetroffene Beobachter bezeichnen als markantesten Zug des Lebens in Sowjetrußland das große Mißtrauen, von dem die ganze Bevölkerung in letzter Zeit erfüllt ist. Wenn es dem Fremden kaum gelingt, auf der Straße ein Gespräch anzufangen, so ist das nicht verwunderlich: die Bevölkerung mag selbst im intimsten Kreise kein offenes Wort zu sprechen, ja Mitglieder einer Familie vermeiden tüchtig Gespräche über politische Gegenstände. Im großen und ganzen hat sich die Bevölkerung den Verhältnissen einigermaßen angepaßt und schlägt sich vielfach mit Schiebergeschäften durch, die ihr die Möglichkeit geben, die Preise des trotz aller drakonischen Maßnahmen blühenden Schleichhandels zu zahlen. Für Butter wird in Petersburg eben 8—10 000 Rubel für das Pfund bezahlt, für Brot 5—800 Rubel das Pfund, Fleisch 2—3000 Rubel das Pfund. Die Ausländer mit ihrer Valuta leben dagegen sehr billig in Sowjetrußland. Ein schwedischer Offizier des Roten Kreuzes verbrauchte dort in einem Monat nur 100 schwedische Kronen. Er war im „Haus der Sowjets“ abgestiegen, wo er für gute Pension 240 Sowjetrubel täglich zu zahlen hatte. Das „Haus der Sowjets“ steht nur ausländischen Gästen und führenden Persönlichkeiten der kommunistischen Partei zur Verfügung. Übrigens werden die Einwohner dieses Hauses von der Hauskommandantur ebenso scharf überwacht wie ihre Besucher, die sich zuerst in der Kommandantur melden müssen, worauf der Kommandant telefonisch anfragt, ob der Besucher bekannt ist, der erst dann den Posterschein erhält. Uebereinstimmend melden die Beobachter, daß die Kirchen in Petersburg und Moskau überfüllt sind. Leute, die früher fast nie in die Kirche gingen, besuchen jetzt häufig die Gottesdienste. Dies wird zum Teil damit erklärt, daß Kirche und Religion vielfach die einzigen Quellen geistiger Befriedigung darbieten. Zu lesen gibt es wenig, Vorträge und Versammlungen sind selten. Der einzige Ort, wo man die täglichen Nahrungsorgen vergessen kann, ist die Kirche.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 20. Januar.
Ein Kinder- und Mutterheim zu schaffen, ist das Ziel, welches für die Arbeiterauschub der Lübecker Sammlung für die deutsche Kinderhilfe gesetzt hat. Als Folge des Krieges, die sich besonders in der Wohnungsnot kundtut, ist leider Tatsache geworden, daß die werdende Mutter oft nicht weiß, wo sie in Ruhe und frei von drückenden Sorgen ihre Niederkunft erwarten soll, und die Arbeitererschaft sowohl wie die niedere Beamtenschaft ist es,

die unter diesen Umständen am meisten zu leiden hat. Hier soll ein Kinder- und Mutterheim helfend eingreifen. Der glückliche Umstand, daß das alte Kinderhospital dem Staat erhalten geblieben ist, und der es sicher für diesen Zweck hergeben wird, soll ausgenutzt werden. Da die Lage dieses Grundstückes eine recht gute ist, würden nur einige Umbauten nötig sein, sobald doch bald mit der Eröffnung gerechnet werden könnte. Diesen Plan zur Wirklichkeit zu bringen, bedarf es selbstverständlich außerordentlich großer Mittel. Um das Werk nicht scheitern zu lassen, sei nochmals jeder an seine Pflicht gemahnt, eingehend des heute letzten Tages der Sammlung. Darum die Herzen weit und geist für die Lübecker Sammlung der deutschen Kinderhilfs-Konto bei allen Banken und beim Gewerkschaftssekretariat.

In der letzten Vortragsveranstaltung für Ehrenbeamte des Wohlfahrtsamtes sprach Geheimrat Bielefeld über die soziale Tätigkeit der Landesversicherungsanstalten, besonders der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte. Er schilderte die Entwicklung der jetzt durch die Landesversicherungsanstalten in weitem Umfange ausgeübten sozialen Fürsorge, und machte außer der bekannten Helffürsorge und der Waisenpflege, besonders auch auf die Heilanstalten für Weibchen in Lübeck, Hamburg und Bremen sowie auf die vorübergehende Kinderfürsorge durch Heilanstaltspflege für gesunde Kinder erkrankter Versicherter aufmerksam. In den nächsten Vortragsveranstaltungen werden sprechen Frau Senior Beder über „Die Aufgabe der Frau in der Wohlfahrtspflege“, Regierungsrat Dr. Stord über „Neue Aufgaben in der Jugendpflege“, Dr. phil. Bieth, Leiter der Stadtbibliothek, über „Bildungs- und Volksbildungswesen“.

Strafkammer. Seinen Onkel beraubte der Arbeiter B. Er drang gemeinsam mit einem bereits abgeurteilten Komplizen in dessen Wohnung in Graf bei Culin ein und stahl wertvolle Silbergegenstände. Die Beute wurde in zwei Koffer gepackt und sollte mit dem Zuge nach Kiel geschickt werden. Auf dem Bahnhof in Culin wurde B. verhaftet, während sein Komplize erst später festgenommen werden konnte. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. — Ein verwegener Einbruch verübte der Knecht L. bei einem 80jährigen Rentner in Schwienkuhl bei Culin. Er hobte zunächst ein Küchenschloß an, und als hier der Einbruch nicht gelingen wollte, erbrach er ein anderes Fenster gewaltsam. Dann zertrümmerte er mit einem Beil die Tür eines Kleiderschranks und stahl Wäsche im Werte von 3780 Mk. Da er die Beute nicht mit einem Male tragen konnte, so trug er einen Teil hinter einen Knie und holte den Rest nach. Der Angeklagte, der bei dem Einbruch mit einem langen Dolch bewaffnet war, hat außerdem noch Verbandsgeleider im Betrage von 600 Mk. unterschlagen. L. verübte die Handlungen nicht aus Not, denn er machte seiner Braut recht wertvolle, überflüssige Geschenke. Der Angeklagte, der mehrfach vorbestraft ist, erhielt 1 Jahr 8 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Regelung der Mietverhältnisse und Wohnungs-Luxussteuer. Die sozialdemokratische Fraktion hat beschlossen, folgenden Antrag bei der Bürgerschaft einzubringen: Die Bürgerschaft wolle beschließen, den Senat um den beschleunigten Erlass einer Verordnung zur Regelung der Mietverhältnisse unter Herbeiführung der Zustimmung des Reichsarbeitsministers zu ersuchen. Die Verordnung soll insbesondere 1. einen dem öffentlichen Wohle dienlichen Zweck haben, notwendige Instandsetzungsarbeiten und Renovierungsarbeiten vorleben; 2. die Hauseigentümer zur Anlegung einer geordneten Buchführung für jedes einzelne Grundstück verpflichten, und 3. die Errichtung einer geordneten Kontrolle derselben durch die Mieter vorleben. Wohnungsluxussteuer. Die Bürgerschaft beschließt und ersucht den Senat um die beschleunigte Vorlage eines Gesetzes, durch das eine geordnete Abgabe von überflüssigen Wohnräumen bestimmt wird. Der Ertrag der Steuer muß zum Bau neuer Wohnungen verwendet werden.

Mitna. Keine preussischen Gebietsabtretungen an Hamburg! Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, entbehren die Nachrichten über angelegte Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg über Angleichung von Teilen Schleswig-Holsteins an Hamburg jeder Grundlage. Die zurzeit mit Hamburg geführten Verhandlungen haben lediglich den Zweck eine Vereinbarung darüber zu treffen, in welcher Weise die Schutzpolizeikräfte Hamburgs und diejenigen einiger unmittelbar angrenzenden preussischen Gemeinden, die mit Hamburg ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bilden, im Falle von Un-

Romeo und Julia auf dem Dorfe.

Erzählung von Gottfried Keller.

6. Fortsetzung.

Sein Vater war des anderen Tages wie geschlagen und wollte nicht aus dem Hause. Der ganze Handel und das vieljährige Glend nahm heute eine neue, dunklere Gestalt an und breitete sich dunkel aus in der drückenden Luft der Speisekammer, also daß Mann und Frau matt und schwer um das Gespinnst herumhingen, aus der Stube in die dunklen Kammern, von da in die Küche und von dieser wieder in die Stube schlüpfen, in welcher kein Licht mehr leuchtete. Zuletzt hockte jedes in einer Winkel und begann den Tag über ein müdes, halbtoles Zanken und Vorhalten mit dem anderen, wobei sie zeitweise einschliefen, von unruhigen Tagträumen geplagt, welche aus dem Gewissen kamen und sie wachten.

Nur Gali sah und hörte nichts davon, denn er dachte nur an Brenchen. Es war ihm immer noch zu Mut, nicht nur als ob er unfähig reich wäre, sondern auch was rechts gelernt hätte und unendlich viel Schönes und Gutes wüßte, da er nun so deutlich und bestimmt um das wußte, was er gesehen gesehen. Diese Wissenschaft war ihm wie vom Himmel gefallen, und er war in einer unaußerordentlichen, glänzenden Bewunderung darüber; und doch war es ihm, als ob er es eigentlich noch selber gewußt und gekannt hätte, was ihm jetzt mit so wunderbarer Süßigkeit erfüllte. Denn nichts gleich dem Reichtum und der Unergründlichkeit eines Glückes, das an den Menschen herantritt in einer so klaren und bewußten Gestalt, vom Wäfflein getauft und wohl versehen mit einem anderen Namen, der nicht tönt wie andere Namen.

zu sehen bekommen, so hätten sich keine Erinnerungsträfte schon bedürfen müssen und das liebe Gesicht säuberlich wieder zusammengetragen, daß nicht ein Zug daran fehlte. Jetzt aber verlangten sie schlan und hartnäckig ihren Dienst, weil die Augen nach ihrem Recht und ihrer Luft verlangten, und als am Nachmittag die Sonne warm und hell die oberen Stadwerke der schwarzen Häuser beschien, rief Gali aus dem Tore und keiner alten Heimat zu, welche ihm jetzt erst ein himmlisches Jerusalem zu sein schien mit zwölf glänzenden Pforten, und die sein Herz klopfen machte, als er sich ihr näherte.

Er rief auf dem Wege auf Brenchens Vater, welcher nach der Stadt zu gehen schien. Der sah sehr wild und heftig aus, sein grau gewordener Bart war seit Wochen nicht geschoren, und er sah aus wie ein recht böser, verlorenener Barockmann, der kein Geld verliert hat, und nun geht, um anderen Leibes zuzuführen. Dennoch sah ihn Gali, als sie sich vorübergingen, nicht mehr mit Haß, sondern voll Furcht und Scheu an, als ob kein Leben in dessen Hand ründe und er es lieber von ihm erlösen als ertragen möchte. Marii aber sah ihn mit einem bösen Blick von oben bis unten und ging keines Weges. Das war indessen dem Gali recht, welchem es nun, da er den Alten das Dorf verlassen sah, deutlicher wurde, was er eigentlich da wollte, und er schlich sich auf unbekanntem Pfaden so lange um das Dorf herum und durch dessen verdeckte Gäßchen, bis er sich Marii's Haus und Hof gegenüber befand. Seit mehreren Jahren hatte er diese Straße nicht mehr so nahe gesehen; denn auch als sie noch hier wohnten, hätten sich die verfeindeten Leute gegenfettig, sich ins Gehege zu kommen. Deshalb war er nun erstarrt über das, was er doch an seinem eigenen Vaterhause erlebt und hätte voll Bewunderung in die Wäfflein, die er vor sich sah. Dem Marii war ein Stück Ackerland um das andere abgetrennt worden, er behielt nichts mehr als das Haus und den Platz davor, rest etwas Garten und dem Acker auf der Höhe am Fluße, von welchem er hartnäckig am längsten nicht lassen wollte.

Es war aber keine Rede mehr von einer ertelnden Wohnung, und auf dem Acker, der einst so schön im gleichmäßigen Korros gewohnt, wenn die Ernte kam, waren jetzt allenthalben abfällige Samenreife gesät und ausgegangen, aus allen Schächeln und gerissenen Ähren zusammengesetzt. Rüben, Karren und dergleichen und etwas Kartuffeln, so daß der Acker ähnlich wie ein recht übel gewasener Gemüsepfad und eine wunderliche Wäfflein war, dazu angefügt, um von der Hand in den Mund zu leben, hier eine Handvoll Rüben anzupflücken, wenn man Hunger hatte und nichts Besseres wußte, dort eine Tracht Kartuffeln oder Kraut, und das übrige fortzuwahren oder verkaufen zu lassen oder

und das schöne breite Stiefel Feld sah beinahe so aus wie einst der herrenlose Acker, von dem alles Unheil herkam. Deshalb war um das Haus nicht eine Spur von Ackerwirtschaft zu sehen. Der Stall war leer, die Türe hing nur in einer Angel und unzählige Kreuzspinnen, den Sommer hindurch halb groß geworden, ließen ihre Fäden in der Sonne glänzen vor dem dunklen Einflang. In dem offenstehenden Scheunentor, wo einst die Früchte des letzten Landes eingefahren, hing schlechtes Hühnergeräte, zum Zeugnis der verkehrten Wasserpfuscherer; auf dem Hofe war nicht ein Huhn und nicht eine Taube, weder Kasse noch Hund zu sehen; nur der Brauner war noch als etwas Lebendiges da, aber er sah nicht mehr durch die Röhre, sondern sprang durch einen Riß nahe am Boden über diesen hin und legte überall kleine Tümpel an, so daß er das beste Sinnbild der Faulheit abgab. Denn während mit wenig Mühe des Vaters das Land zu verstopfen und die Röhre herzustellen gewesen wäre, mußte sich Brenchen nun abquälen, selbst das lauernde Wasser dieser Verkommenheit abzugewinnen und keine Wäfflein in den letzten Zusammenlagen am Boden vorzunehmen, statt in dem verrottenen und zerfallenen Trage. Das Haus selbst war ebenso kläglich anzusehen; die Fenster waren vielfach zerbrochen und mit Papier verklebt, aber doch waren sie das freundlichste an dem Verfall; denn sie waren, selbst die zerbrochenen Scheiben, klar und sauber geworden, ja förmlich poliert, und glänzten so hell wie Brenchens Augen, welche ihn in keiner Kammer ja auch allen übrigen Staat erschauen mußten. Und wie die traurigen Haare und die rötlichen Karminstrücker zu Brenchens Augen, stand zu diesen blühenden Karminstrücker das wilde grüne Gewächs, was da durcheinander rannte um das Haus, flatternde Bohnenwäfflein und eine ganze duffende Wildnis von rotgelbem Goldblat. Die Bohnen hielten sich, so gut sie konnten, hier an einem Hartenstiel oder an einem verbleib in die Erde gestützten Stummelchen, dort an einer noch Rest verresten Hellebarbe oder Spontan, wie man es nannte, als Brenchens Großvater das Ding als Nachmeister erregtes, welches es jetzt aus Rat in die Bohnen gepflanzt hatte; dort keilten sie wieder häufig eine vermittelte Leiter empor, die am Hause lehnte seit unendlichen Zeiten, und Klingen von da an in die Klare, jenseits der hinteren mit Brenchens Röhrehaare in seine Augen. Dieser mehr materielle als spirituelle Hof lag etwas befeuchtet und hatte keine nähere Nachbarhäuser, auch lag sich in diesem Augenblick nirgends eine lebendige Seele wahrnehmen; Gali lehnte daher in aller Ruhe an einem alten Schranke, etwa dreißig Schritte entfernt und schaute unermüdet nach dem Acker, wäfflein heute

